

Pressemitteilung

Den erneuten Bruch von parlamentarischen Gepflogenheiten durch CDU/GRÜNE in der letzten Stadtverordnetenversammlung greift der Fraktionsvorsitzende der UL, Günter Pabst, auf und richtet einen „Offenen Brief“ an die Stadtverordnetenvorsteherin Claudia Eschborn (CDU) und die Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Katrin Behrens. Der „Offene Brief“ hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrte Frau Eschborn, sehr geehrte Frau Behrens, die Arbeit des Stadtparlaments wird durch die Hessische Gemeindeordnung, die Satzung der Stadt Schwalbach und die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung geregelt. Dies allein reicht aber nicht aus und nicht alles lässt sich mit Paragraphen und Bestimmungen bis ins kleinste regeln. Deshalb gibt es die so genannten, aus der Erfahrung gewonnenen, ungeschriebenen Regeln und Übereinkommen, die die Arbeit gestalten und die sachliche politische Auseinandersetzung ermöglichen sollen.

Eine dieser Regeln war, bis zur letzten Stadtverordnetenversammlung, dass in den Ausschüssen ohne Gegenstimme verabschiedete Anträge auf die Tagesordnung II kommen und ohne Aussprache verabschiedet werden. Diese Regel haben Sie gebrochen und die antragstellende Fraktion, SPD, sowie FDP und UL hinter das Licht geführt und unter falschen Voraussetzungen abstimmen lassen.

Sie, Frau Eschborn, erklären, „wie die Abstimmung ausfallen würde, wusste ich vorher nicht“. Das nehme ich Ihnen nicht ab. Wenige Tage vor der Stadtverordnetenversammlung hatten Sie eine Fraktionssitzung auf der die Tagesordnungspunkte der Stadtverordnetenversammlung besprochen und das Abstimmungsverhalten festgelegt wurde. Es hätte der politischen Fairness entsprochen, im Ältestenrat oder spätestens vor der Abstimmung darauf hinzuweisen.

Warum Sie erneut bisherige parlamentarische Gepflogenheiten aufgeben – für was? – verstehe ich nicht.

Ich verstehe auch nicht, Frau Behrens, warum Sie, wie auch ihre Kollegen Herr Fischer, Herr Gilles, Herr Königshausen und Herr Messner, nachdem wir noch auf Anregung der CDU, den Antrag geändert haben, diesem Antrag inhaltlich zugestimmt haben und wenige Tage später stimmen Sie dagegen.

Der Antrag lautet:

„Der Magistrat wird beauftragt,

1. als Vertretungsorgan des „Fernwärmeabnehmers Stadtverwaltung“ einen Musterprozess gegen Esso-Favorit vorzubereiten mit dem Ziel, eine Offenlegung der Abrechnungspraxis zu erreichen,
2. beim Hess. Wirtschaftsministerium die Einleitung eines kartellrechtlichen Verfahrens gegen Esso-Favorit zu beantragen,
3. ein Konzept zu entwickeln bzw. entwickeln zu lassen, das eine intelligente Energieversorgung insbesondere unter Berücksichtigung alternativer Energien zum Inhalt hat. Dabei ist der Schwerpunkt auf Senkung des Energieverbrauchs zu legen.“

Was hat sich zwischen der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und ihrer Fraktionssitzung ereignet, dass Sie so schnell ihre Meinung geändert haben?

Dass Sie gegen ein für die Entwicklung der Stadt Schwalbach wichtiges und richtiges Vorhaben gestimmt haben, dass müssen Sie den Bürgerinnen und Bürgern erklären und selbstverständlich auch verantworten.

Ihr Abstimmungsverhalten muss ich, auch wenn ich es für falsch halte, politisch akzeptieren. Was ich aber nicht akzeptieren kann ist das von Ihnen gewählte Verfahren. Sie vergiften damit das politische Klima in Schwalbach und Sie torpedieren die parlamentarische Sacharbeit in den Ausschüssen. Warum sollen wir überhaupt noch in den Ausschüssen tagen, wenn nicht ein Mindestmaß an Verlässlichkeit vorhanden ist?

Der Appell von Herrn Christian Fischer, den „Bürgermeisterwahlkampf nun zur Seite zu legen und wieder zur Sachpolitik zurückzukehren“ erinnert stark an den Brandstifter der anschließend die Feuerwehr ruft. Es ist doch die CDU-Fraktion, die eine souveräne Sachpolitik vermissen lässt.

Noch ca. drei Jahre haben Sie die parlamentarische Mehrheit und Sie können natürlich mit den GRÜNEN alles in Grund und Boden stimmen. Die Bürgerinnen und Bürger werden sich aber merken, wenn parteitaktische Überlegungen ihre Politik bestimmen. Ihre persönliche und auch die Glaubwürdigkeit der CDU bleiben auf der Strecke.

Immer öfter erinnere ich mich an die Anfangszeit meiner politischen Arbeit im Stadtparlament. Mit den alten CDU-Granden gab es harte politische Auseinandersetzungen. Aber auf eines konnte man sich bei Ihnen verlassen, sie haben zu ihrem Wort gestanden und sich an die ungeschriebenen Regeln der parlamentarischen Arbeit gehalten.

Sie sind von allen Fraktionen in ihrer Funktion als Stadtverordnetenvorsteherin und als Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses gewählt worden. Ist es zu viel verlangt, dass Sie bei ihrer Amtsführung politische Fairnis und parteipolitische Neutralität walten lassen?
Zu einem vertiefenden Gespräch stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.
Mit freundlichen Grüßen Günter Pabst.“

Die UL hofft, dass die CDU zu den früher gehandhabten parlamentarischen Gepflogenheiten und einer sachlichen politischen Auseinandersetzung zurückkehrt.

f.d.R. Günter Pabst